

Der autoritäre Umbau der EU in der Krise

Die geplante 'Fiskal- und Wirtschaftsunion'
als nächster Schritt

Veranstaltung mit Werner Rätz (Attac KoKreis)

Dienstag, 19.03.2013, 20:00 Uhr

Cafeteria Schlatterhaus (Österbergstr. 4, Tübingen)

Während die Banken weiter gerettet werden, diktiert die Troika aus EZB, EU-Kommission und IWF insbesondere in Südeuropa ein Kürzungspaket nach dem anderen. Gleichzeitig verhandeln und verabschieden die Regierenden in Europa in rascher Folge neue, für viele kaum durchschaubare Regelwerke und Verträge.

Die Logik dahinter ist immer die gleiche.

Alle Eurozonen-Länder werden immer strikteren Haushaltskontrollen unterworfen. Durch Sozialabbau sollen die Schulden reduziert werden. Lohnsenkungen und Deregulierung des Arbeitsmarktes sollen die

Konkurrenzfähigkeit erhöhen. Die Folge sind wirtschaftliche Rezession und Verarmung in fast allen Eurozonen-Ländern.



Aktuell wird über eine „Fiskal- u. Wirtschaftsunion“ verhandelt, mit der eine weitere Entmachtung der Parlamente droht. Wirtschaftliche und soziale „Reformen“ sollen künftig in Verträgen zwischen den Staaten und der EU-Kommission fixiert werden. Was genau ist geplant und was können wir dagegen tun?



T Ü B I N G E N